

Für ein Europa der Freiheit und Sicherheit. Für ein Europa des Wohlstands und der Stabilität.

Die Europäische Union (EU) ist die Grundlage für unsere Freiheit, unseren Frieden und unseren Wohlstand.

Diese Errungenschaften und die Stabilität unserer Demokratien sind herausgefordert wie selten zuvor. Krieg und Terror, Hegemoniestreben autoritärer Akteure und verschärfter internationaler Wettbewerb gefährden unsere europäische Friedensordnung, unsere Sicherheit und unseren Wohlstand. Der Klimawandel verändert unsere Umwelt und bedroht damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Die illegale Migration nach Europa überfordert unsere Aufnahmefähigkeit, unsere sozialen Systeme und unsere Integrationskraft und gefährdet damit auch den stabilen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nur gemeinsam als EU, eingebunden in die westliche Werteordnung und die NATO, können wir diese großen globalen Herausforderungen meistern. Eine Europapolitik, die sich dem gewachsen erweist, ist für unser weiteres Schicksal und die Wehrhaftigkeit der Demokratien von großer Bedeutung.

Wir stehen an der Seite der Ukraine. Sie verteidigt neben ihrem eigenen Staatsgebiet auch die freiheitliche demokratische Werteordnung des Westens gegen den Aggressor Putin.

Unsere volle Solidarität gehört auch dem Staat Israel, der das Leben seiner Bürgerinnen und Bürger sowie die Integrität seines Staatsgebietes vor dem brutalen Terror der Hamas schützt. Ihr Ziel ist die Vernichtung Israels und die Ermordung von Jüdinnen und Juden. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsraison.

Wir treten für eine EU ein, die europäische Interessen international verteidigt und hierbei ihr wirtschaftliches Gewicht stärker und strategischer einsetzt.

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU unterstützen Frau Dr. Ursula von der Leyen, die als Kandidatin der EVP für eine weitere erfolgreiche Amtszeit als Präsidentin der Europäischen Kommission antritt. Wir arbeiten für eine große EVP-Fraktionsmehrheit mit einer starken CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament für eine Politik der Vernunft der bürgerlichen Mitte, die Europa jetzt braucht.

Die Europapolitik der Bundesregierung erfüllt die Anforderungen nicht.

- Die Bundesregierung hat kein nachhaltiges strategisches Konzept für Europa.

Für ein Europa der Freiheit und Sicherheit. Für ein Europa des Wohlstands und der Stabilität.

- Die Bundesregierung belastet die deutsch-französischen Beziehungen, den Kern der Europäischen Integration, durch Nichtbeachtung, Irritation und Kompromisslosigkeit.
- „German Vote“, also die Unberechenbarkeit des Abstimmungsverhaltens von Deutschland und sehr kurzfristige Enthaltungen bei EU-Gesetzesbeschlüssen, auf Grund des plötzlichen Vetos eines Ampel-Koalitionspartners, zerstören Vertrauen.
- Die Ampel würgt die deutsche Volkswirtschaft als Motor des Europäischen Binnenmarkts immer weiter ab und schwächt Deutschlands und Europas Wettbewerbsfähigkeit.
- EU-Handelsabkommen werden durch Ampelpartner trotz deutscher Exportabhängigkeit und der hohen internationalen Bedeutung immer wieder ideologische Fesseln angelegt.
- Mit verfassungswidrigen Haushaltstricks, Rufen nach Lockerung der Schuldenbremse und EU-Schuldenprogrammen schadet die Ampel der Stabilitätspolitik und dem Euro. Unverständlich ist, dass die Bundesregierung die Deutschland zustehenden 28 Mrd. Euro an Zuschüssen aus dem europäischen Wiederaufbaufonds nicht längst in voller Höhe abgerufen hat.
- Statt irreguläre Migration wirksam zu begrenzen und zu steuern, erhöht die Bundesregierung in der schweren Migrationskrise sogar noch die Anreize dafür – gegen den Trend der EU-Partner, die allesamt Migration wirksam begrenzen.

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU treten ein für eine Europäische Union, die von den Menschen in Europa als ihre Union betrachtet wird,

- weil sie den Menschen einen echten Mehrwert bringt. Sie ist kein europäischer Superstaat, der sich in alle Lebensbereiche der Menschen einmischt, sondern eine starke Einheit, die Aufgaben löst, die die Mitgliedstaaten allein nicht lösen können. Sie folgt dem Prinzip der Subsidiarität.
- weil sie den Regionen vertraut und diese stärkt, um vor Ort und passgenau die Rahmenbedingungen richtig zu gestalten. Sie folgt dem Prinzip der Regionalität.
- weil sie transparent und effizient handelt. Wir wollen die europäischen Institutionen auf die großen Themen fokussieren. Das schafft Raum für eine Verschlinkung der Kommission sowie die Straffung und Bündelung der vielen Agenturen und Einrichtungen der EU. Sie folgt dem Prinzip der Effektivität.

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU treten ein für eine Europäische Union der Sicherheit und der Freiheit, die

- die Verteidigungsfähigkeit der EU und damit die europäische Säule der NATO stärkt. Dazu gehört die Etablierung eines Verteidigungskommissars, der sich v. a. um die gemeinsame militärische Rüstung und Beschaffung kümmert. Mit einer klugen Rüstungs- und

Für ein Europa der Freiheit und Sicherheit. Für ein Europa des Wohlstands und der Stabilität.

Rüstungsexportpolitik wollen wir die leistungsfähige europäische wehrtechnische Industrie stärken, die Taxonomie muss diesem Ziel angepasst werden. Zusätzlich müssen die gemeinsamen Cyberabwehrfähigkeiten ausgebaut und ein europäischer Raketen-Abwehrschirm aufgebaut werden. Gerade ein Blick auf die aktuellen Abhörfälle durch russische Spione zeigt die Notwendigkeit und Relevanz einer funktionierenden Cybersicherheit. Die russische Spionage ist ein massiver Angriff auf unseren Staat, dem – genau wie der folgenden russischen Propaganda – entschlossen begegnet werden muss.

- der Ukraine jede uns mögliche und vertretbare humanitäre, finanzielle und militärische Unterstützung mit dem Ziel zur Verfügung stellt, dass die Ukraine den Krieg gewinnt, ihre territoriale Integrität wiederherstellen und ihre Bündnisentscheidung frei umsetzen kann.
- geostrategisch handelt und wichtigen Nachbarstaaten wie z. B. den Staaten des westlichen Balkans eine echte Beitrittsperspektive bieten kann. Dazu ist in den kommenden Jahren eine intensive Diskussion über die innere Struktur notwendig. Es benötigt zunächst Reformschritte, bevor überhaupt über eine immer weiter fortschreitende Erweiterung und Vertiefung der EU nachgedacht wird.
- in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu Qualifizierten Mehrheitsentscheidungen übergeht, um auf Bedrohungen und Verletzungen der internationalen Ordnung schnell und entschlossen zu antworten.
- zu ihrer humanitären Verpflichtung, Schutzbedürftigen zu helfen, steht, aber der illegalen Migration in die EU und insbesondere nach Deutschland Einhalt gebietet. Das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem muss schnell umgesetzt und zusätzlich sollen Abkommen mit Drittstaaten über die Durchführung von Asylverfahren vor Ort und die dortige Gewährung von Schutz vor Verfolgung geschlossen werden. Die EU-Außengrenzen müssen gegen illegale Migration gesichert, das Schleuser-Geschäft muss zerstört werden. Gleichzeitig müssen in Deutschland die Migrationsanreize von der Bundesregierung schnell spürbar verringert werden, die Standards bei der Versorgung Schutzbedürftiger sind europaweit möglichst umfassend zu harmonisieren.

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU treten ein für eine Europäische Union des Wohlstands und der Stabilität, die

- eine „Lissabon-Strategie 2.0“ mit der Zielsetzung verfolgt, die EU zu einem weiterhin wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum zu machen, der es ermöglicht, die europäischen Klimaschutzziele langfristig zu erreichen. Standortpolitik muss in den kommenden Jahren TOP-Priorität haben. Wir brauchen gerade hierzu in Deutschland eine Kultur des Ermöglichens und Beförderns statt der Regulierung und Verbote. Dabei soll auf die soziale Marktwirtschaft,

Anreize und Innovation gesetzt werden, die Investitionen in Forschung, Entwicklung und Befähigung verlangt.

- Besonders wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit ist die Stärkung der Digitalwirtschaft, der Telekommunikation und der Kapitalmärkte und Banken. Die Künstliche Intelligenz (KI) birgt auch für Europa erhebliche Wachstumschancen. Sie soll den Menschen dienen und bedarf klarer und innovationsfreundlicher Regeln, ohne dass es zu weiteren Belastungen der kommunalen Ebene durch KI-Beauftragte o. ä. kommt. Für eine starke EU-Automobilindustrie müssen der Verbrenner im Sinne einer echten Technologieoffenheit und im Einklang mit den Klimazielen über das Jahr 2035 hinaus Neuwagen mit Verbrennungsmotor weiter zulassungsfähig bleiben. Darum wollen wir das Verbrenner-Verbot zurücknehmen. Aus unserer Sicht sind Anreizmechanismen über den CO₂-Zertifikatehandel der richtige Weg, um die Herausforderungen wie CO₂-Reduktion und bessere Luftqualität erfolgreich zu meistern und gleichzeitig Arbeitsplätze zu sichern.
- Neben einer fairen Kohäsionspolitik für die schwächeren Regionen braucht es auch eine gezielte Förderung starker Regionen. Die ordnungsgemäße Einhaltung europäischer Rechtsstaatlichkeitsstandards ist dabei unerlässlich.
- Bürokratiebelastung stoppt, sich grundsätzlich auf die Regulierung im Bereich ihrer Kernkompetenzen beschränkt, Überregulierung nach dem Prinzip „one in, two out“ abbaut, das Berichtswesen und Dokumentationspflichten reduziert, Planungs- und Vergabeverfahren vereinfacht und beschleunigt, auf unkomplizierte Umsetzbarkeit und Digitaltauglichkeit von europäischen Gesetzen achtet. Wir wollen auf europäischer Ebene einen „Praxis-Check“, der unnötige Bürokratie vermeidet und auch Aus- und Wechselwirkungen mit bestehenden Regelungen in den Mitgliedstaaten im Blick hat. Unangemessene Belastungen wie die EU-Lieferkettenrichtlinie oder die Umweltberichterstattungsvorgaben wollen wir verhindern bzw. abbauen. Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit müssen eingehalten werden.
- gefährliche Abhängigkeiten der Energieversorgung, von Rohstoff- und Industrieproduktlieferungen durch Differenzierung der Lieferketten und gezielte Förderung der Autonomie in EU-Schlüsselsektoren beendet. Eine strenge Investitionskontrolle soll diese Sektoren schützen und die europäischen Unternehmen stärken.
- die Landwirtschaft entlastet. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe sind das Rückgrat unserer sicheren Lebensmittelversorgung, der Motor der ländlichen Räume in Europa und sichern als Arbeitgeber den Wohlstand vieler Familien. Die zentrale Aufgabe der Gemeinsamen Agrarpolitik muss es sein, dass unsere Betriebe, insbesondere auch bäuerliche Familienbetriebe, im Wettbewerb bestehen können.

Für ein Europa der Freiheit und Sicherheit. Für ein Europa des Wohlstands und der Stabilität.

- eine strategische Handelspolitik betreibt, die einseitige Abhängigkeiten verringert, Wirtschaftsdynamik und Fortschrittsentwicklung entfesselt und auf gemeinsame Regeln gestützt ist. Die Handels- und Seewege müssen gesichert und auch mit Streitkräften aus Europa gemeinschaftlich verteidigt werden. Gegen einen um sich greifenden Protektionismus und zur Unterstützung der Diversifizierung von Lieferketten müssen neue Freihandelsabkommen mit Partnerstaaten und -regionen weltweit auf Augenhöhe geschlossen werden.
- eine solide Haushalts- und Finanzpolitik betreibt. Eine weitere Vergemeinschaftung von Schulden und Haushaltsrisiken lehnen wir ab.

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU fordern die Bundesregierung auf, die deutsch-französischen Beziehungen als Grundlage der EU entschlossen zu stärken und mit Frankreich und Polen als „**Weimarer Dreieck**“ gemeinsam europapolitische Vorschläge für Sicherheit und Wohlstand zu erarbeiten.